

**Kay Gottschalk**

- (A) Im Fall Wirecard will niemand Verantwortung übernehmen. Es gab zwar einige Bauernopfer – das begrüßen wir – wie den Chef der BaFin, seine Stellvertreterin oder den Chef der APAS, aber fest steht auch, dass nicht einmal *ein* Staatssekretär in dieser Affäre seinen Hut nehmen musste. Ja, Sie konnten sich nicht mal dazu durchringen – Frau Kiziltepe sprach von einem Glücksfall –, sich bei den Geschädigten zu entschuldigen, meine Damen und Herren. Was ist das für eine Kultur und eine Ethik in unserem Lande?

(Beifall bei der AfD)

Deshalb muss ich an dieser Stelle nochmals klar sagen: Herr Scholz, treten Sie als Minister endlich zurück! Schlagen Sie es sich aus dem Kopf, Kanzler dieser Republik zu werden! Das Fass ist übergelaufen, und das bei ausgeschlagenem Boden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Und Frau Merkel – sie ist nicht hier –: Wenn Herr Scholz nicht gewillt ist, von sich aus zurückzutreten, dann wäre es an Ihnen als Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Scholz umgehend freizustellen. Machen Sie endlich Gebrauch von Ihrer Richtlinienkompetenz! In der Flüchtlingskrise war das doch auch möglich. Hier wäre es aber tatsächlich mal richtig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Dr. Jens Zimmermann [SPD]: Peinlich!)

- (B) Sehr geehrte Damen und Herren, wir sollten uns aber auch nicht davon täuschen lassen, was ja oft gesagt wurde, dass die Gesetzgebung bestimmte Mittel einfach nicht hergegeben hat und Wirecard deshalb passieren konnte. Das ist nicht der Fall. Nein, es gab auch damals schon hoheitliche Befugnisse und Möglichkeiten, die aber – und auch das hat der Ausschuss sehr deutlich gezeigt – einfach nicht genutzt worden sind. Verantwortlich war dafür der Mann, der jetzt auch noch Interimspräsident der BaFin geworden ist, namens Herr Röseler. Auch das ist ein Schlag ins Gesicht der Geschädigten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Genauso wenig nachvollziehbar ist für mich die fehlende Selbstkritik in Ministerien und im Kanzleramt. Beim Thema Compliance-Regelungen haben alle ein Bild abgegeben, das zu meiner Schulzeit zu einer glatten Sechs geführt hätte. Der Staat kann nicht von Unternehmen das verlangen, was er anscheinend sich selbst nicht auferlegen will. Er hat auf Sicherungssysteme wie Compliance vollkommen verzichtet. Meine Damen und Herren, Sie sehen, es gibt noch unzählige Baustellen, die wir zusammen bewältigen müssen.

Den Oppositionsparteien, insbesondere der FDP, den Grünen und der Linken, kann ich hier zumindest eine Sache nicht ersparen: Dass die Regierungsparteien einen schnellen Abschluss wollten, liegt natürlich auf der Hand. Weder CDU und CSU noch SPD wollten, dass wir weitermachen. Ende September ist Bundestagswahl. Da wollte man diesen Ballast natürlich schnell loswerden. Eine Debatte im September wäre da nicht angezeigt gewesen. Aber, meine Damen und Herren der Opposi-

tionsparteien, was haben Sie denn davon? Oder wollten die FDP und die Grünen mögliche Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl nicht belasten? Ich weiß es nicht. Ich weiß nur, dass eine weitere Beweisaufnahme nach dem PUA-Gesetz möglich gewesen wäre und dass wir, nur um mal einen Namen zu nennen, uns auch gerne mit Dr. Wolfgang Schäuble unterhalten hätten, der nämlich bis 2017 Finanzminister dieser Republik war.

Aber – das sei zum Schluss erwähnt – ich bin mir sicher, dass wir von den Kollegen in Österreich zu diesem Thema noch etwas hören werden. Ich prophezeie deshalb schon jetzt einen Fortsetzungsroman zu Wirecard in der nächsten Legislaturperiode. Viel zu viele Dinge wie FIU und das Versagen der Geheimdienste sind ungeklärt geblieben.

Wir werden uns auf jeden Fall weiter konstruktiv – wie mit dem 107 Seiten starken Sondervotum; da haben wir bewiesen, dass wir uns konstruktiv hier eingebracht haben – an der Aufklärung beteiligen. Ich wage die Prognose: Wir sind hier noch nicht am Ende. Und das sind wir nach wie vor den Geschädigten schuldig.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der AfD)

**Vizepräsidentin Dagmar Ziegler:**

Danke. – Das Wort geht an Matthias Hauer von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Matthias Hauer (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am Dienstag haben wir den Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses an den Präsidenten des Bundestages übergeben. Über 2 000 Seiten zeigen einen dramatischen Kriminalfall, grobe Fehler durch Abschlussprüfer und ein multiples Versagen der deutschen Finanzaufsicht bis hin ins Bundesfinanzministerium. In knapp neun Monaten hat der Untersuchungsausschuss ein großes Arbeitspensum geleistet – in 52 Sitzungen, mit Hunderten Gigabyte Daten, Tausenden Ordern Beweismaterial, Unterstützung mehrerer Sonderermittler und Hunderten Stunden Zeugenvernehmungen. Wir haben fraktionsübergreifend jeden Stein beim Fall Wirecard umgedreht.

Bei Wirecard wurde mit immenser krimineller Energie gehandelt. Eine Handvoll Täter bereicherte sich zum Schaden vieler. Anleger wurden um ihr Erspartes gebracht. Mitarbeiter haben ihren Arbeitsplatz verloren. Das Vertrauen in den Finanzmarkt wurde zutiefst erschüttert. Ein Fall Wirecard darf sich nicht wiederholen. Mit dem Kriminalfall Wirecard beschäftigen sich die Strafverfolgungsbehörden und die Gerichte. Auch unsere Arbeit im Untersuchungsausschuss unterstützt diese Arbeit der Justiz. Unsere Erwartung ist, dass die Täter dieses Milliardenbetrugs mit aller Härte des Rechtsstaats bestraft werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Florian Toncar [FDP])

(C)  
(D)

**Matthias Hauer**

(A) Wirecard steht auch für die Fehler der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EY. Prüfer haben jahrelang uneingeschränkte Testate erteilt und dabei Prüfungsstandards missachtet. Auf Initiative der Union haben wir als Untersuchungsausschuss mit einem Team aus Sonderermittlern die Versäumnisse bei den Abschlussprüfern offengelegt, etwa im Umgang mit erfundenem Drittpartnergeschäft oder auch mit nicht vorhandenen Milliarden auf Treuhandkonten.

Der Wirecard-Skandal ist aber nicht nur ein Fall schwerster Kriminalität und des Versagens der Abschlussprüfer, auch die politische Dimension ist dramatisch. Der Fall offenbart ein eklatantes Versagen bei Behörden, vor allem bei der BaFin. Das Parlament hat uns als Untersuchungsausschuss beauftragt, den Sachverhalt intensiv aufzuarbeiten. Wir als Union haben gemeinsam mit anderen Fraktionen, vor allem mit der Opposition, mit Hochdruck kritisch nachgehakt und die Aufklärung vorangetrieben, unabhängig vom Parteibuch der Zeugen.

Aber der Ausschuss hat vor allem auch die Frage nach der politischen Verantwortung zu beantworten. Die BaFin hat mit ihrem rechtswidrigen Leerverkaufsverbot und mit Strafanzeigen gegen kritische Journalisten offen für Wirecard Partei ergriffen. In dieses Leerverkaufsverbot waren Ihr Ministerbüro, Herr Scholz, und Ihr zuständiger Staatssekretär persönlich von Beginn an eingebunden. Weder Herr Scholz noch Herr Kukies haben die Reißleine gezogen.

Wir haben zudem eine BaFin vorgefunden, die nicht den Gesamtkonzern Wirecard beaufsichtigt hat, eine Bilanzkontrolle, die keinen Betrug aufdecken konnte, eine Geldwäscheaufsicht, die niemand ausgeübt hat.

(B)

(Dr. Jens Zimmermann [SPD]: Da hat Wolfgang Schäuble ganz schön gepennt die ganzen Jahre anscheinend! -Zuruf von der SPD: Hör! Hör!)

Und Sie, Herr Scholz, wollen als zuständiger Minister von alldem nichts mitbekommen haben? Was ist eigentlich der Job des Finanzministers? Ist es nicht gerade der Job, so etwas mitzubekommen? Mit Wegsehen führt man kein Ministerium.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Zuruf von der SPD: Wo ist eigentlich Peter Altmaier?)

Die wesentlichen Teile des Behördenversagens laufen alle bei der BaFin zusammen. Wo war denn die Rechts- und Fachaufsicht von Ihnen, Herr Scholz, die Sie über die BaFin hätten ausüben müssen? Fehlanzeige!

Sie, Herr Scholz, besitzen noch nicht einmal die Größe, irgendeinen Fehler einzuräumen, sich bei den Tausenden geschädigten Anlegerinnen und Anlegern zu entschuldigen.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Was ist mit Herrn Altmaier? Nichts gehört!)

Mehrere Spitzenmanager von BaFin, APAS, DPR, EY mussten gehen.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Sehr einseitig!)

(C) Einzig dort, wo die politische Verantwortung liegt, nämlich im Bundesfinanzministerium, folgten keine persönlichen Konsequenzen, noch nicht einmal bei dem für die BaFin zuständigen Staatssekretär. Nicht ohne Grund, Herr Scholz, mussten sich fünf Ihrer sechs Staatssekretäre gegenüber dem Untersuchungsausschuss verantworten.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Das haben Sie exzellent gemacht! – Dr. Jens Zimmermann [SPD]: Ist Andi Scheuer eigentlich noch im Amt?)

Durch die Wirecard-Insolvenz wurden dann Ihr Aufsichtstiefschlaf, Herr Scholz, und der Ihres Ministeriums beendet. Wir haben einen Minister mit unglaublichen Erinnerungslücken, mit fadenscheinigen Ausreden, mit verspäteten Aktenlieferungen, mit vorenthaltenen Informationen erlebt.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Ach, mein Gott!)

Er und sein Ministerium haben bei der Rechts- und Fachaufsicht über die BaFin schlicht versagt.

(Beifall bei der CDU/CSU, der AfD und der FDP)

Die Einzige, die das infrage stellt – das merken Sie ja auch an der regen Teilnahme an diesem Austausch hier – ist die SPD. Ihr Aufklärungswille, Kollegen Sozialdemokraten, wäre sicherlich größer gewesen, wenn nicht Ihr Kanzlerkandidat im politischen Fokus dieses Skandals gestanden hätte.

(D) (Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Das ist eine böartige Unterstellung! Ganz böartige Unterstellung!)

Herrn Scholz zu schützen, das war der oberste Auftrag der Sozialdemokraten in diesem Untersuchungsausschuss. Das zeigt sich auch daran, dass der Kollegin Kiziltepe die BaFin in ihrer Rede nicht ein Wort wert war.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Da passt es auch ins Bild, dass wir vorgestern noch erfahren haben, dass sich ein hochrangiger Beamter von Ihnen, Herr Scholz, im Vorfeld einer Zeugenvernehmung an die BaFin gewandt hat, mit dem Ziel, von dort Unterstützung für kritische Fragen gegen eine Zeugin zu erhalten – vielen Dank an den Kollegen de Masi, der da kritisch nachgefragt hat –; das ist mehr als schlechter Stil. Da fehlen einem fast die Worte.

(Beifall bei der CDU/CSU und der LINKEN)

Wir haben als Untersuchungsausschuss viele gesetzgeberische Konsequenzen angestoßen, die auch stark die Handschrift der Union tragen: Bilanzkontrolle aus einer Hand, stärkere Transparenz, höhere Haftung bei Abschlussprüfung, Stärkung von Aufsichtsräten und Compliance.

(Cansel Kiziltepe [SPD]: Alles unsere Vorschläge!)

Das sind Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit.

**Matthias Hauer**

(A) Zum Schluss möchte ich noch Dank sagen: meinen Unionskollegen für die sehr gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit, Hans Michelbach, der nach 27 Jahren starker Arbeit hier als Abgeordneter gleich seine letzte Rede halten wird, Kollegen Fritz Güntzler, der als Wirtschaftsprüfer den Ausschuss sehr stark unterstützt hat, den stellvertretenden Mitgliedern Sebastian Brehm, Sepp Müller, Johannes Steiniger, aber auch den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen. Das war fraktionsübergreifend eine starke Teamleistung. Das Interesse an lückenloser Aufklärung hat uns bei allen politischen Differenzen geeint. Stellvertretend für alle Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen nenne ich Danyal Bayaz und Fabio de Masi, die leider nicht erneut für den Deutschen Bundestag kandidieren werden. Großer Dank auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Sekretariat, in den Fraktionen, in den Abgeordnetenbüros, die eine super Arbeit geleistet haben.

Letzter Satz. Nicht zuletzt gilt großer Dank den Journalistinnen und Journalisten, die sich im Ausschuss gemeinsam mit uns die Nächte um die Ohren geschlagen haben und mit ihrer Arbeit geholfen haben, den Skandal aufzudecken und Licht ins Dunkel bei Wirecard zu bringen.

Vielen Dank dafür.

(Beifall bei der CDU/CSU und der LINKEN)

**Vizepräsidentin Dagmar Ziegler:**

Das Wort geht an Dr. Florian Toncar von der FDP-Fraktion.

(B) (Beifall bei der FDP)

**Dr. Florian Toncar (FDP):**

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwei Dinge machen den Fall Wirecard besonders einzigartig: die Dimension des Schadens, der entstanden ist – wir reden über einen Betrag von 25 bis 30 Milliarden Euro – und die Rolle von Behörden und Regierungen, die nicht, wie vielleicht in manch anderem Fall, die Sache unterschätzt und zu wenig getan haben, weil sie nicht Bescheid wussten, sondern die diesen Fall als Intensivfall kannten, ihn über Jahre hinweg begleitet haben, aber auf der falschen Seite mitgespielt und die Anleger regelrecht noch mit in die Irre geführt haben. Das war einzigartig, aber einzigartig falsch, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der AfD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Just deshalb war dieser Untersuchungsausschuss – trotz mancher Skeptiker am Anfang, an die ich heute erinnern möchte – notwendig, und er war auch erfolgreich. Gut, dass FDP, Linke und Grüne ihn durchgesetzt haben; denn sonst hätte es ihn überhaupt nicht gegeben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Matthias Hauer [CDU/CSU])

So kollegial es im Ausschuss war, so schwierig war die Zusammenarbeit teilweise bei der Informationsbereitstellung durch die Bundesregierung. Das Kanzleramt hat Zeugen vorbereitet. Das Kanzleramt hat auch eine zentrale E-Mail eines Beraters von Frau Merkel, Herrn Röller, nicht vorgelegt. Wir haben, Herr Minister Scholz, auch festgestellt, dass Sie in dienstlicher Sache über private E-Mail-Accounts kommunizieren. Wenn das zwei Regierungsmitglieder machen, wird das in der IT der Regierung gar nicht erfasst. Insofern kann man nicht mit Sicherheit sagen, dass der Bundestag alles erfahren hat,

(Matthias Hauer [CDU/CSU]: So ist es!)

was in dieser Sache stattgefunden hat; das muss man leider am heutigen Tage so feststellen. Wir werden sehen, wie umfangreich und wie vollständig die Informationen waren, die wir bekommen haben.

Nun kommen wir zu den Feststellungen. Erstens. Der Betrug war zwar groß angelegt, aber er war nicht perfekt organisiert. Er war zu entdecken. Auch diese Verbrecher hatten Schwächen, die man hätte nutzen können, um ihn aufzudecken.

Zweitens. Es gab fundierte Hinweise, nicht nur, wie es im letzten Sommer aussah, aus der Presse – „Financial Times“ usw. –, sondern es gab auch Hinweise aus der Bundesbank, schriftlich hinterlegt. Es gab Warnungen, es gab etliche Geldwäscheverdachtsmeldungen von seriösen deutschen Kreditinstituten gegen Wirecard und sein Management. Es gab die Finanzverwaltung, die den Verdacht hatte, dass hier Straftaten begangen werden und die das auch hinterlegt hat, in dem Fall bei der Staatsanwaltschaft in München.

Das führt zur Schlussfolgerung Nummer drei: Dieser Betrug hätte frühzeitig verhindert werden müssen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und der AfD)

Viertens. Behördenversagen ist das eine; aber der Fall Wirecard ist ein Fall von Regierungsversagen. Wir hatten keine funktionierende Rechts- und Fachaufsicht des Finanzministeriums, Herr Minister Scholz, über die BaFin. Das Leerverkaufsverbot – einer der zentralen Fehler, aber nicht der einzige – war aus mehreren Gründen rechtswidrig. Wo war die Rechtsaufsicht? Wo war die Fachaufsicht? Wo waren die Fragen nach der Berechtigung einer solchen Maßnahme?

(Beifall bei der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der LINKEN)

Herr Minister Scholz, Sie wissen auch, dass der Finanzausschuss des Bundestages seit 2018 im Monatsrhythmus die Zustände bei der Geldwäschebehörde, der FIU, die Ihnen untersteht, thematisiert hat. Fairerweise muss man sagen: Sie haben an der Stelle auch ein Problem von Ihrem Vorgänger Herrn Schäuble geerbt, der diese Behörde im Schweinsgalopp errichtet hat. Aber es war leider nur eine Frage der Zeit, dass dort wertvolle Informationen nicht verwertet werden. Ich sage Ihnen eins, gerade weil wir Abgeordneten das Thema FIU von

(C)

(D)